



## ÖFFENTLICHER VORSCHLAG ZUR TAGESORDNUNG

**Absender:**

CDU-Fraktion im Rat der Stadt Hagen

**Betreff:**

Vorschlag der CDU Fraktion

hier: Reaktion auf Silvesternacht in Altenhagen - Schutz von Einsatzkräften

**Beratungsfolge:**

11.03.2020 Ausschuss für Umwelt, Stadtsauberkeit, Sicherheit und Mobilität

**Beschlussvorschlag:**

*Die Verwaltung wird beauftragt, ...*

- 1. ... kurzfristig eine schnelle, sachliche Reaktion auf die Silvesternacht in Altenhagen zu entwickeln, die eine Wiederholung dieser Vorfälle ausschließt und den Stadtteil lebenswert erhält. Dazu erstellt die Verwaltung in Abstimmung mit Polizei, Feuerwehr und Ordnungsamt einen gemeinsamen Plan für die Silvesternacht und andere Termine auf. Dieser Plan soll alle im Stadtgebiet bekannten Brennpunkte abdecken.*
- 2. ... kurzfristig auf Bundesebene eine härtere und kurzfristig wirksame Strafen für Angriffe auf Polizei, Feuerwehr und Rettungskräfte einzufordern.*

**Kurzfassung**

Entfällt.

**Begründung**

Der Kreisvorstand der CDU Hagen sieht anlässlich der Berichterstattung zu den Silvester-Vorfällen in Altenhagen die dringende Notwendigkeit, institutionell auf die



Herausforderung von Vandalismus und Straftaten gegen Polizei, Feuerwehr- und Rettungsdiensten zu reagieren.

Dabei hilft es nicht, die üblichen kurzfristigen Forderungen zu erheben, da diese nur an den Symptomen laborieren. Vielmehr setzen die Antragsteller auf verschiedenen Ebenen an, um das gesellschaftliche Miteinander im Stadtteil zu verbessern. Dies kann aus Sicht der Antragsteller nur gelingen, wenn wieder funktionierende soziale Gefüge entstehen, in denen die Grundwerte einer freiheitlichen liberalen Demokratie aktiv vorgelebt werden.

Diese liberale Haltung kann jedoch nicht so weit gehen, Gewalt gegen Menschen oder Sachwerte klein zu reden. Vielmehr braucht der Rechtsstaat als Garant für diese Freiheiten ein starkes Mandat, das er vor Ort auch umsetzen kann. Aus Sicht der Antragsteller gab es seit der Verabschiedung des Grundgesetzes einen ausreichenden Schutz von Menschen im Dienste der Öffentlichkeit, zumal ein großer gesellschaftlicher Konsens diese Personen immer unter einen besonderen Schutz stellte.

Dieses Klima hat sich in den zurückliegenden Jahren massiv verändert. Das macht es erforderlich, Menschen im öffentlichen Auftrag besonders zu schützen. Es muss Aufgabe des Dienstherrn der Hagener Feuerwehr sein, sein Personal bestmöglich zu schützen. Dies geschieht einerseits durch die technisch optimale Ausrüstung. Andererseits müssen die Mitarbeiter auch vor Übergriffen optimal geschützt werden. Hohe Strafen auf Beleidigungen oder gar Verletzungen von öffentlichen Funktionsträgern können hier disziplinierend wirken. Deshalb muss die Stadt – nach Möglichkeit in Abstimmung mit anderen Kommunen – gegenüber dem Gesetzgeber darauf dringen, die Strafen für Angriffe auf Einsatzkräfte drastisch zu erhöhen.

Mittel- und langfristig lassen sich Verbesserungen in Altenhagen jedoch nur erreichen und festigen, wenn es gelingt, die Sozialstruktur im Stadtteil zu diversifizieren. Hierzu hat die CDU-Fraktion parallel den Antrag „Förderprogramme zur Wohnsituation in Altenhagen“ für den Stadtentwicklungsausschuss am 17. März 2020 eingebracht.

## **Inklusion von Menschen mit Behinderung**

### **Belange von Menschen mit Behinderung**

*(Bitte ankreuzen und Teile, die nicht benötigt werden löschen.)*

sind nicht betroffen

CDU-Fraktion Hagen . Rathausstraße 11 . 58095 Hagen

Herrn Vorsitzenden

Hansgeorg Panzer

- im Hause

Rathausstraße 11  
58095 Hagen

Telefon: 02331 207 3184  
E-Mail: boehm@cdu-fraktion-  
hagen.de

Dokument: 2020\_03\_11\_antrag\_uwa\_situati  
on\_altenhagen.docx

24. Januar 2020

## Antrag für die Sitzung des UWA am 11. März 2020

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Panzer,

gemäß § 6 Absatz 1 der GeschO des Rates vom 08.05.2008 in der in der Fassung des V. Nachtrages vom 15.12.2016 beantragen wir den folgenden Tagesordnungspunkt:

### Reaktion auf Silvesternacht in Altenhagen: Schutz von Einsatzkräften

#### **Antrag:**

#### **Die Verwaltung wird beauftragt, ...**

- 1. ... kurzfristig eine schnelle, sachliche Reaktion auf die Silvesternacht in Altenhagen zu entwickeln, die eine Wiederholung dieser Vorfälle ausschließt und den Stadtteil lebenswert erhält. Dazu erstellt die Verwaltung in Abstimmung mit Polizei, Feuerwehr und Ordnungsamt einen gemeinsamen Plan für die Silvesternacht und andere Termine auf. Dieser Plan soll alle im Stadtgebiet bekannten Brennpunkte abdecken.**
- 2. ... kurzfristig auf Bundesebene eine härtere und kurzfristig wirksame Strafen für Angriffe auf Polizei, Feuerwehr und Rettungskräfte einzufordern.**

#### **Begründung:**

Der Kreisvorstand der CDU Hagen sieht anlässlich der Berichterstattung zu den Silvester-Vorfällen in Altenhagen die dringende Notwendigkeit, institutionell auf die Herausforderung von Vandalismus und Straftaten gegen Polizei, Feuerwehr- und Rettungsdiensten zu reagieren.

Dabei hilft es nicht, die üblichen kurzfristigen Forderungen zu erheben, da diese nur an den Symptomen laborieren. Vielmehr setzen die Antragsteller auf verschiedenen Ebenen an, um das gesellschaftliche Miteinander im Stadtteil zu verbessern. Dies kann aus Sicht der Antragsteller nur gelingen, wenn wieder funktionierende soziale Gefüge entstehen, in denen die Grundwerte einer freiheitlichen liberalen Demokratie aktiv vorgelebt werden.

Diese liberale Haltung kann jedoch nicht so weit gehen, Gewalt gegen Menschen oder Sachwerte klein zu reden. Vielmehr braucht der Rechtsstaat als Garant für diese Freiheiten ein starkes Mandat, das er vor Ort auch umsetzen kann. Aus Sicht der Antragsteller gab es seit der Verabschiedung des Grundgesetzes einen ausreichenden Schutz von Menschen im Dienste der Öffentlichkeit, zumal ein großer gesellschaftlicher Konsens diese Personen immer unter einen besonderen Schutz stellte.

Dieses Klima hat sich in den zurückliegenden Jahren massiv verändert. Das macht es erforderlich, Menschen im öffentlichen Auftrag besonders zu schützen. Es muss Aufgabe des Dienstherrn der Hagener Feuerwehr sein, sein Personal bestmöglich zu schützen. Dies geschieht einerseits durch die technisch optimale Ausrüstung. Andererseits müssen die Mitarbeiter auch vor Übergriffen optimal geschützt werden. Hohe Strafen auf Beleidigungen oder gar Verletzungen von öffentlichen Funktionsträgern können hier disziplinierend wirken. Deshalb muss die Stadt – nach Möglichkeit in Abstimmung mit anderen Kommunen – gegenüber dem Gesetzgeber darauf dringen, die Strafen für Angriffe auf Einsatzkräfte drastisch zu erhöhen.

Mittel- und langfristig lassen sich Verbesserungen in Altenhagen jedoch nur erreichen und festigen, wenn es gelingt, die Sozialstruktur im Stadtteil zu diversifizieren. Hierzu hat die CDU-Fraktion parallel den Antrag „Förderprogramme zur Wohnsituation in Altenhagen“ für den Stadtentwicklungsausschuss am 17. März 2020 eingebracht.

Mit freundlichen Grüßen verbleiben

Jörg Klepper  
Fraktionssprecher



F.d.R. Alexander M. Böhm  
Geschäftsführer